



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

E/XIII/75 - 31. März 1956

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der Sprung in die Anarchie Frankreich bald vierte Atommacht	103
3	Die Folgen Rückwirkungen des Bonner Atomwaffenbeschlusses	34
4 - 5	FDP geschlossen und auf Einheit bedacht Düsseldorf im Schatten der Bundestagsdebatte	88
6 - 7	Vorbereitungen auf den Parteitag der SPD Blick auf Stuttgart	61

* * * * *
* * *

Der Sprung in die Anarchie

ler - Auf zwei Hauptgebieten hat Frankreich in den letzten Jahren seine militärisch und technisch-wissenschaftlichen Anstrengungen konzentriert. Seine ganze militärische Macht hat es in Algerien eingesetzt, der Erfolg, die Befriedung des im blutigen Aufbruch befindlichen Algeriens, blieb bisher freilich versagt, und es gibt viele Anzeichen, daß dies auch in der Zukunft der Fall sein wird. Der Krieg in Algerien zehrt an den Kräften Frankreichs, überbeansprucht sie sogar, und dies nicht nur militärisch, sondern auch moralisch. Noch ist dieser Krieg, der an Grausamkeit, Bitternis, Hass und Erbarmungslosigkeit seinesgleichen in der modernen Geschichte sucht, nur auf Algerien beschränkt. Wie lange wird eine Lokalisierung noch möglich sein? Der Geist des Aufbruchs herrscht auch in den südlicher gelegenen Gebieten, in der Sahara und Äquatorialafrika, in Gebieten, die bisher sich ruhig verhielten aber bald die Stunde für gekommen halten, eine ihnen verhasste Fremdherrschaft abzuschütteln. Wird diese Stunde durch die erste Explosion einer französischen Atombombe in den Sandwüsten der Sahara beschleunigt werden?

Frankreich ist im Begriff, die vierte Atomkraft der Erde zu werden. Was ihm militärisch nicht gelang, erreichte es in technisch-wissenschaftlicher Raum. Viele Milliarden hat es in die Produktion eigener Atombomben investiert und damit die alte Erfahrung bestätigt, daß technische Geheimnisse, wissenschaftliche Erkenntnisse und die Fähigkeit, sie anzuwenden, kein Monopol sind.

Ein Erfolg?

Manche Länder, die noch nicht so weit sind, mögen vielleicht Frankreich um seinen "Erfolg" beneiden; auf die Zukunft der Welt wirft es düstere Schatten. Die bevorstehende Explosion der ersten französischen Atombombe ist ein schreckliches Symptom einer anscheinend hoffnungslos verfahrenen Lage. Mächtige Antriebskräfte für die Produktion von Atombomben waren in Frankreich der Drang, ein schwer angeschlagenes Selbstbewußtsein wieder herzustellen, der Neid auf Amerikaner, Briten und Sowjetrussen und das Bestreben, mit diesen Ländern eine Position der Gleichwertigkeit zu beziehen, Motive, die auch andere ehrgeizige, auf Macht und Prestige bedachte Regierungen beanspruchen können. Wenn sich dieser Wahnsinns Glaube, daß wirkliche Macht nur habe, wer über die schrecklichsten Vernichtungsmittel verfüge, als Richtschnur des politischen Handelns für viele andere Länder durchsetzt, dann mag der Zustand eintreten, daß niemand mehr über Macht verfügt, aber alle der Ohnmacht unterworfen sind. Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die heute das Schicksal der Welt bestimmenden Vereinigten Staaten und die Sowjetunion vielleicht nicht mehr die Möglichkeit kontrollierender Einflußnahme besitzen, weil irgendeiner Wahnsinnspotentaten es einfällt, die Welt in Schutt und Asche zu legen.

Verstärkung des Westens?

Jede Erweiterung des bestehenden Atomklubs bringt unübersehbare Gefahren und tödliche Risiken. Kurzsichtige Stimmen werden in der Atomkraft Frankreich eine zusätzliche und willkommene Verstärkung des westlichen Verteidigungspotentials sehen, und dies, obwohl die Vereinigten Staaten mit Großbritannien gemeinsam über Vernichtungswaffen ver-

fügen, die ausreichen, um jedes Leben auf der Erde auszulöschen. Wohl keine Situation ist denkbar, in der sich Frankreich als Schwertspitze der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion mißbrauchen läßt - diese Rolle soll der Bundesrepublik vorbehalten bleiben - wohl aber Situationen, die Frankreich in die Versuchung führen könnten, etwa in seinem Konflikt mit der arabischen Welt Atomwaffen anzuwenden. Während des unseligen Konfliktes um Suez klagten französische Politiker, zum Abbruch dieser Kriegsaktion deshalb gezwungen worden zu sein, weil sie mit unzulänglichen Waffen erfolgte! Diese Worte blieben in der arabischen Welt nicht vergessen. Was wird sie erst sagen, wie wird sie handeln, welchen Veränderungen wird ihr Verhältnis zur westlichen Welt noch unterworfen sein, wenn sich in der Sahara, in unmittelbarer Nachbarschaft, der Rauchpilz nuklearer Versuchsexplosionen erhebt?

Mit deutschen Geldern finanziert?

Zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien besteht eine enge Rüstungsgemeinschaft. Über der etwas unschuldigen Bezeichnung "Angleichung der Waffengattungen und gemeinsamer Produktionen von konventionellen Waffen" herrscht tiefes Dunkel. Die Regierungsstellen schweigen sich über das Ausmaß der Koordination aus. Betrifft sie auch die gemeinsame Erzeugung von Atomwaffen? Sind deutsche Steuergelder an der bald anlaufenden französischen Atombombenproduktion beteiligt? Ist es nur Zufall, daß der französische Außenminister gerade vor dem bald aller Welt sichtbar werdenden Aufstieg Frankreichs zur vierten Atommacht Bonn besuchte, nicht, wie es offiziell hieß, um sich über die Vorstellungen des deutschen Bundeskanzlers über deutsche und europäische Sicherheit - die sind ja genügend bekannt - unterrichten zu lassen, sondern um deutsche Verteidigungsgelder noch stärker für die französische Atomwaffenproduktion heranzuziehen? Es liegt durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß Bonn sich für die Zukunft diesen Weg zur Beschaffung von Atomwaffen freihalten will, wenn es den Vereinigten Staaten früher oder später ratsamer erscheinen sollte, doch noch die Verständigung mit der Sowjetunion zu erstreben, statt den Hunger Atomwaffen verlängernder Regierungen zu stillen.

Unheimliche Stationen.

Das Grunddilemma der französischen Nachkriegspolitik läßt sich am klarsten in ihrer Haltung zur Aufrüstung Westdeutschlands ablesen. Zuerst begegnete sie dieser mit tiefstem Mißtrauen. Daran scheiterte die EWG. Für den ehemaligen Kriegsminister Pleven war sogar alles gefährlich, was über die Stärke eines deutschen Bataillons hinausging. Für spätere Historiker - sofern es diese noch geben wird - dürfte es eines der erstaunlichsten Phänomene der Nachkriegszeit sein, wie schnell sich Frankreich mit einer westdeutschen Aufrüstung abgefunden hat - eine Rüstung nicht nur mit konventionellen, sondern mit atomaren Waffen. Gesah es darum, weil Frankreich instinktiv spürt, was unsere Regierung nicht zu wissen vorgibt, daß mit dem Beschluß Bonns, den Wettlauf mit atomaren Waffen mitzumachen, die deutsche Wiedervereinigung von der Tagesordnung der Weltpolitik gestrichen wird?

Frankreich an der Schwelle zur vierten Atommacht, die Bundeswehr in absehbarer Zeit im Besitz von Atomwaffen - das sind unheimliche Stationen auf dem Wege zur Sicherheit und Entspannung, die angeblich von allen gewollt wird. Sie entwerten dieses Bekenntnis zur leeren Deklamation. Beides führt uns alle von beiden Zielen weit hinweg, es führt uns in die Atomwaffenanarchie und zur Kapitulation des Politischen vor dem rein strategisch-militärischen Denken.

Die Folgen

sp - Nachrichten der allerletzten Tage: Neu auftauchende Schwierigkeiten bei den deutsch-russischen Verhandlungen über Handelsbeziehungen sowie konsularische und Repatriierungsfragen, eine von polnischer Seite verfügte Reduzierung des mit den sozialistischen "Falken" vereinbarten Jugendaustausches, neue Schikanen der SED gegen die Grenzgänger in Westberlin, die ihren Arbeitsplatz in Ostberlin haben und in Verbindung damit ein verstärkter Zwang an die Eltern, ihre Kinder zur kommunistischen Jugendweihe zu schicken, und die Warnung westlicher Kreise in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad, Belgrads Kampagne gegen die deutsche Atomwaffenrüstung nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Alle diese Nachrichten stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Beschluss Bonns, sich in den atomaren Rüstungswettlauf einzuschalten.

Die grösste Unruhe und Enttäuschung über die Bonnar Politik herrscht in Polen. In erbitterten Kommentaren, aus denen Resignation zu erkennen ist, macht sie sich Luft. Es ist bestimmt kein Zufall, wenn gerade in den Tagen nach der Bundestagsdebatte die Veröffentlichung von Einzelheiten über die Auffindung neuer Massengräber von Kriegsgefangenen aus dem zweiten Weltkrieg in Niederschlesien in der polnischen Presse breiten Raum einnimmt und mit der Ankündigung verknüpft wird, die eingeleiteten Nachforschungen würden "noch manche Tragödie und manches Verbrechen, das von den Hitlerleuten im letzten Krieg begangen wurde, ans Tageslicht bringen".

Alte Wunden zwischen beiden Völkern brochen neu auf, Misstrauen wird neu entflammt. In ihren Bemühungen, die Vergangenheit zu liquidieren, sahen sich polnische Verständigungspolitiker weit zurückgeworfen. Das Gespenst von einer deutschen Revanche taucht wieder auf und Polen sieht sich um fast alle Hoffnungen betrogen, die es an den Rapacki-Plan geknüpft hat. Die Furcht in Warschau, all das zu verlieren, was die Oktober-Revolution an mehr Freiheit gebracht hat, ist leider nur zu berechtigt. Es sieht sich einem Westen gegenüber, der durch seine Zustimmung zur deutschen Atombewaffnung Polen zwingt, verstärkte Rückenlehnung an die Sowjetunion zu suchen. Was dies innenpolitisch bedeutet, weiss jeder Pole nur zu gut.

31. März 1958

FDP geschlossen und auf Einheit bedacht

E.H. Der Bundesparteitag der Freien Demokraten stand unter keinem sehr günstigen Stern. Die aussenpolitische Marathon-Debatte des Bundestages hatte manchen Böller, den sich die FDP für ihren Parteitag präparierte, vorzeitig zur Explosion gebracht. Die Erwähnung des nationalen Notstandes mit der konsequenten Forderung nach einer neuen Bundesregierung und der Bekundung des Willens, sie zu unterstützen, war ursprünglich für den Parteitag geplant. Trotzdem rechtfertigte der Verlauf der Veranstaltung nicht die oberflächlichen Urteile, dass es in der Düsseldorfer Rheinhalle gähnend langweilig und müde zugegangen sei. Dieser Bewertung lagen vielleicht Erinnerungen an vergangene FDP-Parteitage zugrunde, wo es an eruptiven und raschen Entwicklungen nicht gefehlt hatte. Mancher Beobachter wird auch diesmal mit Ausbrüchen und unvorhergesehenen Wendungen gerechnet haben. Dass sie nicht eingetreten sind, sondern dass die FDP eine seltene Übereinstimmung, in vielen Fragen Einmütigkeit zeigte, das war das Bedeutsame dieser Tagung. Das erscheint zugleich überraschend, wenn man sich vergegenwärtigt, wie weit der politische und geistige Spielraum der Freien Demokraten reicht und welche heikle Fragen zur Behandlung anstanden.

Das Gewicht der "Düsseldorfer" gestiegen

Die "jungen Männer" aus Düsseldorf sind älter geworden. Die Jahre in der Düsseldorfer Regierungsverantwortung haben sie erfahrener gemacht. Sie reiten keine Parforce-Jagden mehr. Sie taktieren ruhig und überlegt, sie wissen, dass ihnen die Nachfolge in der Parteiführung sicher ist, und dass es schon heute gilt, sich für diesen Moment zu rüsten, ohne dabei die Einheit der Partei zu gefährden. Sie haben sich klug darauf beschränkt, einige neue Positionen im erweiterten Vorstand zu besetzen. Es wäre ihnen sicher möglich gewesen, Erich Mende als neuen Parteivorsitzenden durchzusetzen. Die Optik im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, aber auch die Anhänglichkeit mancher Landesverbände liessen die Wiederwahl Dr. Kaiers zweckmässig erscheinen. Dr. Mendes Stimmenerfolg bei seiner Wahl zum Stellvertreter Kaiers und der Anklang, den seine Rede bei den Delegierten fand, haben die Frage nach dem Kronprinzen der FDP vor aller Öffentlichkeit klar beantwortet und erkennen lassen, dass der Zeitpunkt der Ablösung Kaiers durch Mende, im Einvernehmen mit dem Schwaben

selbst, in eine fassbare Nähe gerückt ist.

Volksbefragung nicht abgelehnt

An den heissen aktuellen Fragen, der von der SPD vorgeschlagenen Volksbefragung über die Atombewaffnung und der verfassungsmässigen Zulässigkeit politischer Streiks, entzündeten sich harte Diskussionen, die Dr. Maier aber mit grosser Beherrztheit beendete. Die Geschlossenheit des Parteitages sollte nicht noch zuguterletzt riskiert werden. Maier hatte gleich zu Beginn des Kongresses die Zweckmässigkeit einer Volksbefragung bezweifelt und diese Ablehnung später auch in einer politischen Entschliessung zu Papier gebracht. Zur Verdammung der Volksbefragung kam es aber nicht. Eine starke Mehrheit mit den Düsseldorfern und Hamburgern an der Spitze wollte sich den Weg nicht verbauen, in ihren Ländern Volksbefragungen durchzuführen oder sich daran zu beteiligen, auch wenn die SPD-Initiative im Bundestag nicht bis zum Gesetz ausreift. Zu diesem Ufer hatte sich Dr. Maier aber schon am Freitag-Abend in einer Pressekonferenz eine Brücke gebaut, als er statt eines Bundesgesetzes Absprachen auf Landesebene empfahl.

Der Verneinung der Zulässigkeit von Streiks und Arbeitsniederlegungen als politischem Kampfmittel durch Dr. Maier wurde nicht widersprochen. Trotzdem ist auch dieses Problem in der FDP nicht zu einem Tabu geworden. Wie wäre sonst die Aufforderung Dr. Mendes zu verstehen, die Barrikaden zu besetzen, wenn die demokratische Ordnung in Gefahr gerät? Die Bekräftigung des drohenden nationalen Notstandes und die Warnungen vor der Nachtgier der CDU liessen erkennen, dass Mendel im Zuge der Atombewaffnung und ihrer Kraftpolitik den Griff der Adenauer-Partei auch nach den Grundfreiheiten für möglich hält. Was könnte der Sprung auf die Barrikaden dann anderes sein als politischer Streik?

Gestuftter Grad der Atomablehnung

Die Ablehnung der atomaren Bewaffnung in der FDP ist graduell. Es gab Stimmen, die jede deutsche Atombewaffnung und zu jeder Zeit strikt ablehnen. Dr. Mendel zog die alte Geschichte vom "bedingten Atomverzicht" aus der Schublade, und der bayerische Staatssekretär Haas versuchte unter Bezug auf einen Eventual-Antrag der SPD den Parteitag auf die Aufforderung an die Bundesregierung festzulegen, die Gipfelkonferenz abzuwarten, ehe sie weitere Schritte zur Atombewaffnung unternahme. Beschlossen wurde nichts. Auf die breiteste Mehrheit wird sich aber die Aussage stützen können, dass bis zur Wiedervereinigung jede Atomrüstung abgelehnt wird.

Die Betonung des Wiedervereinigungswillens der FDP soll noch stärker werden. Die Wahl Dr. Leverenz', dessen Kandidatur zunächst wenig aussichtsreich war, zum dritten stellvertretenden Bundesvorsitzenden mag ihre Ursache mit in diesem Streben haben. Er gilt in der FDP als hervorragender Sprecher, und was fast wichtiger scheint, als treibende Ursache in gesamtdeutschen Fragen.

Mit diesem Parteitag in Düsseldorf hat die FDP den Kampf um die nordrhein-westfälischen Wählerstimmen eröffnet. Dabei will sie sich aber nicht allein auf die Aussenpolitik verlassen. Sie kündigte verschiedene Aktionen im Bundestag an, die von ihrer Thematik her - die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik und die Arbeit des Bundespresseamtes sollen durchleuchtet werden - sicher geeignet sind, gewisse Wählerschichten an Rhein und Ruhr anzusprechen und zu gewinnen.

Vorbereitungen auf den Parteitag der SPD

sp.- In der modernsten Konzerthalle Europas, die erst vor zwei Jahren in Stuttgart erbaut wurde, wird vom 18. bis 23. Mai der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stattfinden. Die organisatorischen und politischen Vorbereitungen für diesen Höhepunkt in der Arbeit einer politischen Partei sind in vollem Gange. Die rund 650 000 Mitglieder der SPD wählen in den Bezirken die Delegierten und formulieren die Anträge, die sie auf dem Parteitag einbringen wollen. Etwa 300 Delegierte müssen in den Bezirken gewählt werden. Als weitere stimmberechtigte Delegierte nehmen die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission sowie 18 Abgeordnete der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am Parteitag teil. Insgesamt werden also rund 390 stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag anwesend sein.

Obwohl es noch zu früh ist, alle auf dem Parteitag erwarteten Gäste anzukündigen, kann doch jetzt schon gemeldet werden, daß bereits Zusagen vorliegen von Hugh Gaitskell, dem Vorsitzenden der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus, Tom Driberg, dem Vorsitzenden der britischen Labour-Party, dem österreichischen Vizekanzler Dr. Pittermann und dem früheren dänischen Minister und Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Alsing Andersen. Die Bruderparteien der Sozialistischen Internationale haben ebenfalls ihr Erscheinen zugesagt; die personelle Vertretung kann erst später bekanntgegeben werden.

Das ungewöhnlich starke Interesse am diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie geht aus der Tatsache hervor, daß bis jetzt bereits über zweihundert Zeitungskorrespondenten des In- und Auslandes sowie die Korrespondenten der großen Nachrichtenagenturen, Rundfunkanstalten und Filmgesellschaften um Einlasskarten nachgesucht haben.

Am Eröffnungstage des Parteikongresses, einem Sonntag, ist zunächst eine große öffentliche Kundgebung vorgesehen, auf der prominente ausländische Gäste und namhafte Persönlichkeiten des Inlands sprechen werden. Am Nachmittag wird dann die festliche Eröffnung des Parteitags selbst mit einem Oratorium folgen, für das der Dichter Günther Weisenborn den Text schrieb. Die Inszenierung hat Erwin Piscator über-

nommen. Das Thema des Oratoriums ist der drohenden Atomgefahren gewidmet.

Der diesjährige Parteitag der SPD hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm, in dessen Mittelpunkt Referate über die entscheidenden und aktuellen Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik stehen. Den Delegierten wird auch der erste Entwurf des neuen Grundsatzzprogramms der Partei vorgelegt werden. Es ist beabsichtigt, dieses Grundsatzzprogramm zunächst in Form einer "ersten Lesung" darzustellen, um es dann über einen längeren Zeitraum hinweg in allen Ortsvereinen des Bundesgebiets von den Mitgliedern diskutieren zu lassen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt - möglicherweise auf einem außerordentlichen Parteitag - soll dann die endgültige Fassung des Grundsatzzprogramms beschlossen werden.

Während sich die Diskussion über die allgemein politischen Fragen vornehmlich auf die Probleme der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik konzentrieren dürfte, ist im zweiten Teil des Parteitags mit einer intensiven Aussprache über die Organisation zu rechnen. In der Sozialdemokratischen Partei hat sich nach dem für die Partei unbefriedigenden Wahlergebnis vom 15. September 1957 die Auffassung durchgesetzt, daß durch eine rationalisierte Organisation die Aktionsfähigkeit der Gesamtpartei gesteigert werden muß.

Nach dem Organisationsstatut der SPD müssen alle Anträge für den Parteitag bis spätestens zum 12. April beim Parteivorstand eingereicht sein. Von Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken sind bereits zahlreiche Anträge eingegangen, die sich mit organisatorischen personellen und politischen Fragen befassen. Bis spätestens drei Wochen vor Beginn des Parteitages werden diese Anträge im sozialdemokratischen Zentralorgan "Vorwärts" veröffentlicht werden.

+ + +

Verantwortlich: Albert Exler